

SITZUNG

Sitzungstag:

30.10.2013

Sitzungsort:

Kusel

Namen der Mitglieder des Kreistages

Vorsitzender

Dr. Winfried Hirschberger	
---------------------------	--

Niederschriftführer

KOVR Manfred Drumm	
--------------------	--

SPD

Rudi Agne	
Matthias Bachmann	
Detlef Bojak	
Ute Lauer	
Axel Müller	
Klaus Müller	
Erwin Reiber	
Anni Schummel	

CDU

Toni Guhmann	
Xaver Jung	
Michael Kolter	
Christoph Lothschütz	
Dr. Leo Reiser	
Rosemarie Saalfeld	
Dr. Stefan Spitzer	
Josef Weis	

FWG

Rüdiger Becker	
Hans Harth	
Martin Pfeiffer	
Helmut Weyrich	

Bündnis 90/ Die Grünen

Patricia Altherr	
Dr. Wolfgang Frey	
Andreas Hartenfels	

Wählergruppe Jung Egbert

Egbert Jung	
Heinrich Steinhauer	

FDP

Katharina Büdel	
Peter Matzenbacher	

Die Linke

Robert Drumm	
--------------	--

Kreisbeigeordnete

Erster Kreisbeigeordneter Jürgen Conrad	
Kreisbeigeordneter Otto Rubly	
Kreisbeigeordneter Gerhard Kirch	

Verwaltung

Kreisbeschäftigter Dieter Korb	
KVD Ulrike Nagel	
RD Horst-Dieter Schwarz	
KAM Marc Wolf	

Abwesend:

SPD

Karl-Heinz Becker	entschuldigt
Frieder Haag	entschuldigt
Jürgen Kreischer	entschuldigt
Dr. Oliver Kusch	entschuldigt
Sigmar Leixner	entschuldigt
Andrea Schneider	entschuldigt
Friedrich Wunn	entschuldigt

CDU

Alice Höft	entschuldigt
------------	--------------

Die Linke

Martin Trapp	entschuldigt
--------------	--------------

Tagesordnung

**der öffentlichen Sitzung des Kreistages am Mittwoch, dem 30.10.2013,
um 16:00 Uhr, im Veranstaltungsraum der Kreissparkasse Kusel (3. OG),
Gartenstraße 4, in Kusel**

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht der Agentur für Arbeit Kaiserslautern-Pirmasens über die Ausbildungssituation von Jugendlichen im Landkreis Kusel
3. Nachwahl von Ausschussmitgliedern
hier: Mitglied des Jugendhilfeausschusses
4. Abfallwirtschaftskonzept für den Landkreis Kusel
hier: Fortschreibung 2013
5. Erstellung einer Klimaschutzkonzeption für den Landkreis Kusel
hier: Erhöhung des Eigenmittelanteils
6. Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 21 GemHVO
7. Geschäftsverteilung
 - 7.1. Information über Änderungen der Dezernatsverteilung
 - 7.2. Übertragung von Aufgaben des Landkreises auf den leitenden staatlichen Beamten
8. Informationen

Der Vorsitzende eröffnete gegen 16.00 Uhr die 3. Kreistagssitzung in diesem Jahr, die 18. Sitzung der laufenden Legislaturperiode und gleichzeitig die 244. Kreistagssitzung nach dem Kriege. Nach einleitenden Begrüßungsworten stellte er die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Anschließend wies er darauf hin, dass die Kassenärztliche Vereinigung aus terminlichen Gründen den Kreisatlas zur vertragsärztlichen Versorgung erst in der nächsten Kreistagssitzung vorstellen könne, wenngleich er den Bericht wegen der Aktualität eigentlich gerne auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt hätte. Er verwies in diesem Zusammenhang auf einen Artikel des iw-dienst zum Thema „Ärztliche Versorgung in Deutschland“, der den Mitgliedern des Kreistags ausgeteilt war.

Nachfolgend gratulierte er Herrn Xaver Jung zum Einzug in den Bundestag und überreichte ihm symbolisch eine Bahnkelle, mit der er finanzielle Belastungen seitens des Bundes von den Kommunen abwenden und Verbesserungen der Finanzsituation „grünes Licht“ geben soll. Insbesondere solle er sich auch dafür einsetzen, dass ausreichend Regionalisierungsmittel zur Finanzierung des Personennahverkehrs zur Verfügung gestellt werden.

Da keine Anträge zur Ergänzung bzw. Erweiterung der Tagesordnung eingebracht wurden, konnte unmittelbar im Anschluss mit der Abhandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte begonnen werden.

Kreistags-Sitzung am 30.10.2013 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 30		
TOP: 1	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende erklärte, dass bei der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt keine Fragen bzw. Vorschläge und Anregungen eingegangen seien.

Kreistags-Sitzung am 30.10.2013 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 30		
TOP: 2	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Bericht der Agentur für Arbeit Kaiserslautern-Pirmasens über die Ausbildungssituation von Jugendlichen im Landkreis Kusel

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden berichtete der Teamleiter U25 der Agentur für Arbeit Kaiserslautern-Pirmasens, Herr Pascal Haßdenteufel, über die aktuelle Situation am Ausbildungsmarkt.

Er wies darauf hin, dass sein Team für die Betreuung des Personenkreises unter 25 Jahren zuständig sei und er, nachdem zuletzt im Jahr 2007 über die Ausbildungssituation berichtet wurde, in der heutigen Sitzung die Entwicklung des Ausbildungsmarkts darstellen wolle. Bundesweit habe sich die Zahl der gemeldeten Bewerber und der gemeldeten Ausbildungsstellen fast auf das gleiche Niveau angenähert und tendenziell werde die Zahl der Ausbildungsstellen künftig die Zahl der Bewerber sogar übersteigen. Zum einen sei der demographische Wandel deutlich spürbar und zum anderen gehe der Trend zu höheren Schulabschlüssen. Erfreulicherweise sei der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss auf nunmehr 6 % gesunken. Das Niveau der Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen sei in den letzten Jahren relativ gleichbleibend und die Arbeitgeber hätten somit zunehmend Probleme ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. So habe die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen in 2012 den Höchststand erreicht und bundesweit seien 33.275 Ausbildungsstellen unbesetzt geblieben. Dem hätten rd. 21.000 unversorgte Bewerber gegenüber gestanden. Die Neigungen der Bewerber seien in den letzten Jahren insgesamt unverändert. Er ging anschließend auf die beliebtesten Ausbildungsberufe ein und sprach die Berufe an, für die sich die Besetzung von Ausbildungsstellen eher schwierig gestalte. So verzeichne man beispielsweise für den Ausbildungsberuf Koch/Köchin nur sehr wenige Bewerber.

Diese bundesweiten Trends seien auch in Rheinland-Pfalz spürbar, wenngleich die gemeldeten Bewerber und Ausbildungsstellen hier nur geringfügig rückgängig seien. Im Arbeitsamtsbezirk verzeichne man jedoch zum fünften Mal in Folge mehr offene Ausbildungsstellen (173) als unversorgte Bewerber (139). Weiterhin kommen in Rheinland-Pfalz auf 1000 Bewerber 710 Ausbildungsstellen, wobei viele Bewerber sich im weiteren Verlauf dafür entscheiden, doch weiterhin die Schule zu besuchen bzw. ein Studium zu beginnen. Im Landkreis Kusel verzeichne man fast doppelt so viele Bewerber wie Ausbildungsstellen. Außerdem sei der Landkreis Kusel dadurch gekennzeichnet, dass die Bewerber sehr flexibel seien und auch längere Fahrtzeiten in Kauf nehmen. Weiterhin habe man einen relativ geringen Anteil von Bewerbern mit Migrationshintergrund und lediglich 5 von 509 Bewerbern im Landkreis Kusel seien zum Ende des Berichtsjahres unversorgt geblieben.

Dass sich ausbilden lohnt, zeige sich darin, dass 80 % der Auszubildenden ihre Ausbildung erfolgreich beenden und 93 % der Absolventinnen und Absolventen ein Jahr nach Ausbildungsende und 92 % auch fünf Jahre nach Ausbildungsende ihren Wohnort noch innerhalb der Region haben. Dies sei ein Beleg, dass Ausbildung den Betrieben und der Region den zukünftigen Fachkräftebedarf sichere. Eine der künftigen Herausforderungen sei es, insbesondere die Chancen für schwächere Jugendliche zu erhöhen. Schließlich stellte Herr Haßdenteufel die Angebote der Agentur für Arbeit sowie die Ansprechpartner vor Ort kurz vor.

Nachdem keine Fragen gestellt wurden, bedankte sich der Vorsitzende für den Vortrag und erklärte, dass er das Thema im Wirtschaftsbeirat nochmals ansprechen wolle.

Kreistags-Sitzung am 30.10.2013 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 38		
		davon anwesend: 29		
TOP: 3	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 29	Dagegen 0	Enthaltung 0

***Nachwahl von Ausschussmitgliedern
hier: Mitglied des Jugendhilfeausschusses***

Herr Karl Walla hat mit Schreiben vom 23.07.2013 sein Mandat als Mitglied des Jugendhilfeausschusses niedergelegt. Demzufolge ist eine Ersatzperson zu wählen.

Nachdem Herr Walla auf Vorschlag des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche der Pfalz vom Kreistag als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt wurde, schlägt das Diakonische Werk

Herrn Harald Luft, Niederkirchen
Gesamtleiter CJD Rheinland-Pfalz/Mitte

für die Nachwahl vor.

Herr Luft erfüllt die Wählbarkeitsvoraussetzungen, da er gemäß § 5 AGKJHG seinen Wohnsitz im Bezirk eines unmittelbar benachbarten örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe hat.

Der Vorsitzende beantragte, die Wahl nicht geheim, sondern offen durchzuführen. Der Kreistag stimmte dem Antrag des Vorsitzenden einstimmig zu. Sodann wurde über den Wahlvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Der Kreistag hat Herrn Harald Luft einstimmig als Nachfolger von Herrn Karl Walla gewählt.

Kreistags-Sitzung am 30.10.2013 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 30		
TOP: 4	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 30	Dagegen 0	Enthaltung 0

Abfallwirtschaftskonzept für den Landkreis Kusel
hier: Fortschreibung 2013

Der Landkreis Kusel ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger gemäß § 21 Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet, ein Abfallwirtschaftskonzept über die Verwertung und Beseitigung der in seinem Gebiet anfallenden und überlassenen Abfälle zu erstellen. Das Konzept ist bei wesentlichen Änderungen, spätestens jedoch alle fünf Jahre fortzuschreiben.

Das Abfallwirtschaftskonzept für den Landkreis Kusel wurde letztmalig im Jahr 2008 fortgeschrieben.

In der Fortschreibung 2013, welche den Mitgliedern des Kreistags vorlag, sind die einzelnen Abfallarten, die angefallenen Mengen sowie die einzelnen Einsammlungs- und Entsorgungswege dargelegt. Aufgezeigt werden auch die Ziele im Bereich der Abfallwirtschaft.

Ergänzend erläuterte der Vorsitzende das derzeitige Sammel- und Verwertungssystem und ging auf die wesentlichen Änderungen gegenüber der letzten Fortschreibung im Jahr 2008 ein. Um den Service für die Bürger zu erweitern, habe man sich mit der Fortschreibung zum Ziel gesetzt, im Rahmen der beiden gebührenfreien Termine eine kostenlose Sperrmüllannahme auf der Kreismülldeponie anzubieten. Am derzeit bestehenden System der Grünschnittsammlung wolle man zwar festhalten, jedoch seien hier aufgrund der in der neuen Bioabfallverordnung geforderten Hygienisierung eventuell Änderungen erforderlich. Durch die Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sei zudem ab 2015 grundsätzlich eine getrennte Sammlung der Bioabfälle und auch der Kunststoffe, die keine Verpackungen sind, vorgesehen. Sollte es wirtschaftlich zumutbar sein, müsste danach eine Biotonne eingeführt und folglich das gesamte Abfuhrsystem überprüft werden. Zu der Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne lägen derzeit noch keine abschließenden Konzepte zu Organisation, Trägerschaft und Finanzierung vor. Schließlich sprach er noch kurz die wirtschaftliche Situation der Abfallentsorgungseinrichtung sowie das Restvolumen der Kreismülldeponie an.

Nachfolgend nahm Herr Andreas Hartenfels (Bündnis 90/Die Grünen) zu dem Entwurf Stellung und bat um eine konkrete Darlegung in dem Konzept, in welchen Anlagen der Restabfall thermisch behandelt wird. Außerdem regte er eine Ergänzung um die Darstellung der zusätzlich akquirierten Materialien zur Ablagerung auf der Kreismülldeponie sowie einen Vergleich der produzierten Kompostmengen in den vergangenen Jahren an. Der Vorsitzende sagte die entsprechende redaktionelle Anpassung im Abfallwirtschaftskonzept zu und wies hinsichtlich der von Herrn Hartenfels weiterhin angesprochenen Dokumentation der Ergebnisse der Hausmüllanalyse darauf hin, dass die Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei und dementsprechend nicht in der Fortschreibung berücksichtigt werden könne. Sobald die Ergebnisse vorliegen, soll die Angelegenheit jedoch selbstverständlich in den zuständigen Gremien beraten werden. Nachdem der Vorsitzende noch die Gründe für das geringe Metallschrottaufkommen erläuterte, beantwortete er Fragen von Herrn Hans Harth (FWG) und Herrn Klaus Müller (SPD) zum 2012 eingeführten System „Sperrmüllabfuhr auf Abruf“.

Sodann nahm Herr Matthias Bachmann für die SPD-Fraktion zu dem vorgelegten Entwurf Stellung. Aufgrund der rückläufigen Abfallmengen und vor dem Hintergrund, dass die Realisierung des Deponieabschnitts III fraglich sei, sei die Anpassung der Abschreibungsmethode

an die Restnutzungsdauer betriebswirtschaftlich sinnvoll gewesen. Rückblickend habe sich auch die kritische Entscheidung, die Zusammenarbeit mit dem ZAK Kaiserslautern zu beenden, als richtig erwiesen. Dies werde durch die wirtschaftliche Entwicklung der Abfallentsorgungseinrichtung bestätigt. Die Einführung einer Biotonne würde eine weitreichende Systemänderung nach sich ziehen und es müsse daher erst, wie bereits vom Vorsitzenden erwähnt, das Ergebnis der Hausmüllanalyse abgewartet werden. Nach seinem Eindruck hätten die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises die Umstellung der Sperrmüllsammlung auf eine Abfuhr auf Abruf positiv aufgenommen. Abschließend erklärte er, dass die SPD-Fraktion der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts zustimme.

Anschließend nahm der Vorsitzende auf Nachfrage von Herrn Rüdiger Becker (FWG) kurz zur Rechtslage hinsichtlich der Beseitigung rechtswidrig entsorgter Abfälle auf Grundstücken der Gemeinde Stellung. Gegebenenfalls müsse man dies nochmals mit den Verbandsgemeinden besprechen, sollte hierzu weiterer Informationsbedarf bestehen. Der Transport könne jedoch nicht mehr durch den Landkreis im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten organisiert werden.

Sodann wurde über die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts abgestimmt.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt unter Berücksichtigung der von Herrn Andreas Hartenfels beantragten redaktionellen Änderungen das Abfallwirtschaftskonzept für den Landkreis Kusel - Fortschreibung 2013 - in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

Kreistags-Sitzung am 30.10.2013 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 30		
TOP: 5	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 30	Dagegen 0	Enthaltung 0

***Erstellung einer Klimaschutzkonzeption für den Landkreis Kusel
hier: Erhöhung des Eigenmittelanteils***

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 04.03.2013 die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes sowie der Teilkonzepte „Klimaschutz in eigenen Liegenschaften“ und „Klimafreundliche Abfallentsorgung“ mit der Maßgabe beschlossen, dass das Vorhaben mit dem Höchstfördersatz gefördert wird.

Gemäß den Richtlinien zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative erfolgt die Förderung durch einen nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von 65 % der zuwendungsfähigen Ausgaben für Klimaschutzkonzepte und von bis zu 50 % der zuwendungsfähigen Ausgaben für Teilkonzepte. Nach der Richtlinie ist es möglich, die Förderquote zu erhöhen, wenn der Antragsteller keine ausreichenden Eigenmittel bereitstellen kann und eine Kreditfinanzierung nicht zugelassen ist. Ausgehend von einer erhöhten Förderquote von bis zu 95 % für finanzschwache Kommunen hätte auf Basis eines Angebots vom Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) aus Birkenfeld der Eigenanteil des Landkreises rd. 7.700,- Euro bei Gesamtkosten von 154.312,62 Euro betragen.

Nach Prüfung des Antrags unter Berücksichtigung der Haushaltssituation wurde seitens des Projektträgers die Förderquote für das integrierte Klimaschutzkonzept auf 85 % und für die Teilkonzepte auf 70 % erhöht. Eine weitere Erhöhung der Förderquote werde nur in Ausnahmefällen für Nothaushaltskommunen gewährt.

Des Weiteren wurde aufgrund von Nachforderungen des Projektträgers das Angebot für das integrierte Klimaschutzkonzept seitens des IfaS hinsichtlich der Personentage neu kalkuliert. Danach belaufen sich die Kosten hierfür nunmehr auf 76.341,- Euro statt ursprünglich 103.977,44 Euro. Die Eigenbeteiligung reduziert sich somit bei Gesamtkosten von 131.540,- Euro auf insgesamt 28.011,15 Euro.

Für eine abschließende Förderzusage ist die Bereitstellung des erhöhten Eigenmittelbedarfs zu bestätigen. Da die Teilkonzeption „Klimafreundliche Abfallentsorgung“ aufgrund der Vorgaben des Abfallgesetzes auch die Durchführung einer Untersuchung im Zusammenhang mit der Einführung der Biotonne beinhaltet und ohne die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes keine Teilkonzeption bezuschusst werden kann, soll der Eigenanteil von der Abfallwirtschaft finanziert werden.

Ergänzend zu der Vorlage begründete der Vorsitzende die Finanzierung des Eigenanteils durch die Abfallwirtschaft und wies darauf hin, dass diese Vorgehensweise mit dem Projektträger abgestimmt sei. Ursprünglich habe er die Angelegenheit im Kreisausschuss behandeln wollen, da jedoch der Kreistag die Erstellung der Klimaschutzkonzeption vorbehaltlich der Höchstförderung beschlossen hatte, muss dieser formell nunmehr auch über die Erhöhung des Eigenmittelanteils beschließen. Anschließend wurde über die Angelegenheit abgestimmt.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Erhöhung des Eigenmittelanteils für die Erstellung einer Klimaschutzkonzeption für den Landkreis Kusel zu.

Kreistags-Sitzung am 30.10.2013 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 30		
TOP: 6	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 21 GemHVO

Gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO i.V.m. § 57 LKO ist der Kreistag nach den örtlichen Bedürfnissen des Kreises, in der Regel jedoch halbjährlich, während des Haushaltsjahres über den Stand des Haushaltsvollzugs hinsichtlich der Erreichung der Finanz- und Leistungsziele zu unterrichten.

Ein Vergleich der Haushaltsansätze mit den Daten der Finanzrechnung, die alle Ein- und Auszahlungen enthält, ergibt zum Stand vom 30.09.2013 die folgenden Übersichten:

1. Übersicht über den Gesamtfinanzhaushalt bzw. die Gesamtfinanzrechnung

Pos.	Bezeichnung	Plan 2013	Ist zum 30.09.2013	Anteil in %
1.	+ Steuern und ähnliche Abgaben	321.000 €	211.314,78 €	66%
	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige			
2.	+ Transfereinzahlungen	54.305.834 €	36.259.370,78 €	67%
3.	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	22.282.650 €	19.479.109,24 €	79%
4.	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.723.200 €	1.219.221,92 €	87%
5.	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	550.250 €	514.376,30 €	71%
6.	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.456.867 €	2.470.644,31 €	71%
	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an			
7.	+ fertigen und unfertigen Erzeugnissen	- €	- €	
8.	+ andere aktivierte Eigenleistungen	- €	- €	
9.	+ sonstige laufende Einzahlungen	116.450 €	192.852,86 €	166%
10.	= Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe 1 bis 9)	82.756.251 €	60.346.890,19 €	73%
11.	- Personalauszahlungen	-13.722.308 €	-8.334.265,08 €	61%
12.	- Versorgungsauszahlungen	-1.121.696 €	-831.687,40 €	74%
13.	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-10.812.135 €	-7.348.024,51 €	68%
	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaus-			
14.	- zahlungen	-16.427.753 €	-12.694.852,68 €	77%
15.	- Auszahlungen der sozialen Sicherung	-46.250.300 €	-32.748.363,70 €	71%
16.	- sonstige laufende Auszahlungen	-3.506.270 €	-1.988.031,12 €	57%
17.	= Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe 11 bis 16)	-91.840.462 €	-63.945.224,49 €	70%
18.	= Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Saldo der Nummern 10 und 17)	-9.084.211 €	-3.598.334,30 €	40%
19.	+ Zins- und sonstige Finanzeinzahlungen	546.100 €	551.004,13 €	101%
20.	- Zins- und sonstige Finanzauszahlungen	-2.256.800 €	-371.397,61 €	16%
21.	= Saldo der Zins- und der sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (Saldo der Nummern 19 und 20)	-1.710.700 €	179.606,52 €	-10%
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen			
22.	= (Saldo der Summen 18 und 21)	-10.794.911 €	-3.418.727,78 €	32%
23.	+ außerordentliche Einzahlungen	- €	- €	
24.	- außerordentliche Auszahlungen	- €	- €	

25.	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Saldo Nummern 23 und 24)	- €	- €	
26.	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Summe 22 und 25)	-10.794.911 €	-3.418.727,78 €	32%

Pos.	Bezeichnung	Plan 2013	Ist zum 30.09.2013	Anteil in %
27.	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.864.450 €	224.952,20 €	12%
28.	+ Einz. aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	- €	- €	
29.	+ Einz. für immaterielle Vermögensgegenstände	- €	- €	
30.	+ Einzahlung für Sachanlagen	500 €	944,90 €	189%
31.	+ Einzahlungen für Finanzanlagen	- €	- €	
32.	+ Einz. aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgew.	- €	- €	
33.	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten	- €	- €	
34.	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	- €	- €	
35.	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe 27 bis 34)	1.864.950 €	225.898,10 €	12%
36.	- Ausz. für immaterielle Vermögensgegenstände	-314.450 €	-177.882,37 €	57%
37.	- Auszahlungen für Sachanlagen	-3.448.900 €	-2.248.262,27 €	65%
38.	- Auszahlungen für Finanzanlagen	- €	- €	
39.	- Ausz. für sonstige Ausleihungen und Kreditgew.	- €	- €	
40.	- Auszahlungen für den Erwerb von Vorräten	- €	- €	
41.	- Sonstige Investitionsauszahlungen	- €	- €	
42.	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten (Summe 36 bis 41)	-3.763.350 €	-2.426.144,64 €	64%
43.	Saldo aus den Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 35 und 42)	-1.898.400 €	-2.200.246,54 €	116%
44.	Finanzmittelüberschuss / Finanzmittelfehlbetrag (Summe 26 und 43)	-12.693.311 €	-5.618.974,32 €	44%
45.	Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten	1.977.286 €	3.371.328,33 €	170%
46.	- Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten	-2.382.741 €	-3.107.249,27 €	130%
47.	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten (Saldo der Nummern 45 und 46)	-405.455 €	264.079,06 €	-65%
48.	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	13.136.265 €	18.500.000,00 €	141%
49.	Auszahlungen zur Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	-37.499 €	-15.527.961,25 €	41409%
50.	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung	13.098.766 €	2.972.038,75 €	23%
51.	+ Abnahme der liquiden Mittel	- €	- €	
52.	- Zunahme der liquiden Mittel	- €	- €	
53.	Veränderung der liquiden Mittel (Saldo der Nummern 51 und 52)	- €	- €	
54.	Saldo aus den Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 47, 50 und 53)	12.693.311 €	3.236.117,81 €	25%
55.	+ Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	- €	1.250.433,67 €	
56.	- Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	- €	-1.922.936,96 €	

2. Übersicht über den Auszahlungsstand der „größten“ Investitionsmaßnahmen

	Haushaltsplan 2013 (einschl. Ermächtigungen aus Vorj.)	Finanzr. 30.09.2013	Anteil in %
Ausbau von Kreisstraßen	3.445.702,09 €	815.500,47 €	23,67 %
Baumaßnahmen am Gymnasium Kusel	611.353,29 €	335.089,02 €	54,81 %
Fischtreppen	487.041,38 €	341.016,57 €	70,02 %
Ausbau Rad- und Wanderwegen	352.159,83 €	252.902,18 €	71,81 %

Der Vorsitzende gab einige kurze Erläuterungen zu der Übersicht. Die Kreistagsmitglieder nahmen die Information über den Stand des Haushaltsvollzugs zur Kenntnis. Einwände wurden keine erhoben.

Kreistags-Sitzung am 30.10.2013 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 30		
TOP: 7	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür 30	Dagegen 0	Enthaltung 0

Geschäftsverteilung

7.1 Information über die Änderung der Dezernatsverteilung

7.2 Übertragung von Aufgaben des Landkreises auf den leitenden staatlichen Beamten

Aufgrund des Sachzusammenhangs wurden die Information über die Änderung der Dezernatsverteilung (TOP 7.1) und die Übertragung von Aufgaben des Landkreises auf den leitenden staatlichen Beamten (TOP 7.2) zusammen behandelt.

Der Vorsitzende erläuterte anhand einer Beamer-Präsentation die vorgesehenen Änderungen der Verwaltungsorganisation. Danach sei beabsichtigt, die Abteilung 2 - Kommunales, Schule, Kultur und Recht - aufzulösen und die dazugehörigen Referate, mit Ausnahme des Aufgabengebietes ÖPNV, in die Abteilung 1 einzugliedern. Das Aufgabengebiet Öffentlicher Personennahverkehr soll hingegen künftig bei der Abteilung Ordnung und Verkehr, welche künftig als Abteilung 2 geführt werde, angesiedelt werden. Er begründete die Maßnahme und wies darauf hin, dass dies mit der bisherigen Leiterin der Abteilung 2 auch grundsätzlich abgestimmt sei.

Im Zuge dieser Umstrukturierung sei künftig vorgesehen, die allgemeinen Rechtsangelegenheiten, den Kreisrechtsausschusses und dessen Geschäftsstelle sowie die Kommunalaufsicht in einem Rechtsamt zusammenzufassen. Die Leitung werde vom leitenden staatlichen Beamten, Herrn Horst-Dieter Schwarz, übernommen. Daneben übernehme Herr Schwarz die Dezernatsleitung der Abteilung 5 – Umwelt, Planung und Bauen -. Die bisherige Dezernatsleitung von Herrn Schwarz in Bezug auf die Abteilung 6 – Ernährung, Gesundheit, Soziale Dienste - übernehme Frau Ulrike Nagel. Die Abteilung 6 werde dann künftig als Abteilung 3 geführt. Außerdem verbleibe neben dem Westpfalz Klinikum auch der Aufgabenbereich Zweckverband Tierkörperbeseitigung bei Herrn Schwarz.

Durch diese Maßnahmen werde die Verwaltungsorganisation weiter gestrafft und man spare somit u.a. eine Abteilungsleiterstelle ein.

Durch die Übertragung von neuen Aufgabengebieten auf den leitenden staatlichen Beamten, die auch den Bereich der Selbstverwaltungsangelegenheiten betreffen, bedarf diese Änderung gemäß § 56 I LKO der Zustimmung des Kreistages.

Bevor über Übertragung von Aufgaben auf den leitenden staatlichen Beamten abgestimmt wurde, erklärte der Vorsitzende, dass den Kreistagsmitglieder der neu gefasste Verwaltungsgliederungsplan mit der Niederschrift übersandt werde.

Beschluss:

Der Kreistag nimmt die Änderungen der Dezernatsverteilung zur Kenntnis und stimmt der Übertragung von Selbstverwaltungsangelegenheiten des Landkreises auf den leitenden staatlichen Beamten, Herrn Horst-Dieter Schwarz, gemäß § 56 I LKO zu

Kreistags-Sitzung am 30.10.2013 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 39		
		davon anwesend: 30		
TOP: 8	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung
		-	-	-

Informationen

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes informierte der Vorsitzende die Mitglieder des Kreistags über folgende Themen:

- **Gymnasium Kusel**

Zunächst informierte der Vorsitzende, dass Frau Gröneveld-Olthoff zum 22.10.2013 die Schulleitung des Gymnasiums Kusel übernommen habe und wenn demnächst die general-sanierte Schule nach Abschluss der Arbeiten der Öffentlichkeit vorgestellt werden solle.

- **Ausgleichsleistungen Verkehrsordnungswidrigkeiten**

Weiterhin informierte er, dass die Ausgleichsleistung des Landes im Zusammenhang mit der Übertragung der Zuständigkeit für die Ahndung der Verkehrsordnungswidrigkeiten im Jahr 2013 217.000,- Euro betrage. Hinzu kommen noch rd. 56.000,- Euro aus den in 2012 verwirklichten Verkehrsordnungswidrigkeiten. Unter Berücksichtigung der Erhöhung der Schlüsselzuweisung B betrage die Ausgleichsleistung künftig rd. 453.000,- Euro im Jahr.

- **Regionalförderung**

Anschließend informierte er, dass der Landkreis Kusel ab dem Jahr 2014 nicht mehr als C-Gebiet in der GRW-Fördergebietskulisse vertreten sein werde. Die niedrige Arbeitslosenquote in der Arbeitsmarkregion, welche u.a. Grundlage für die Entscheidung war, stelle für ihn vor dem Hintergrund der hohen Pendlerquote ein völlig ungeeignetes Kriterium dar.

- **Windenergie**

Hierzu stellte er vor dem Hintergrund der Presseberichterstattung im Zusammenhang mit der seitens der Verbandsgemeinde Wolfstein neu gegründeten Anstalt zum Betrieb von Windkraftanlagen richtig, dass sich der Landkreis seinerseits in einer noch zu gründenden Gesellschaft einbringen wolle. Für dieses Beteiligungsmodell müssten jedoch zunächst die kommunalrechtlichen Voraussetzungen geschaffen und die Finanzierungsfragen abschließend geklärt werden, wobei die Verhandlungen hierzu bereits weit fortgeschritten seien. Auch habe man das Projekt in Wolfstein durch die Neue Energie Pfälzer Bergland GmbH begleitet. Weiterhin ging er auf die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen ein.

- **Konversion Bundeswehrstandort Kusel**

Sodann kündigte er an, dass im November erste Ergebnisse des Konversionsgutachtens zu erwarten seien.

- **Vitalbad Pfälzer Bergland**

Außerdem wies er darauf hin, dass am 18.11.2013 eine Informationsveranstaltung stattfindet, in der der Planungsstand und die Wirtschaftlichkeitsprognose des Projekts „Vitalbad Pfälzer Bergland“ vorgestellt werde.

- **Demographiekonzeption des Landkreises**

Hierzu informierte er, dass im November der bereits angekündigte Demographiecheck starte und zwei Mitarbeiter der Kreisverwaltung alle Ortsgemeinden im Landkreis bereisen.

- **Digitale Gremienarbeit**

Weiterhin gab er bekannt, dass für Gremienmitglieder künftig die Möglichkeit bestehe, die Beratungsunterlagen zu den Sitzungen des Kreistags und seiner Ausschüsse mit persönlichen Zugangsdaten über ein webbasiertes Ratsinformationssystem abzurufen.

- **Arbeitslosenzahlen**

Schließlich informierte er über die aktuelle Arbeitslosenquote im Monat Oktober von 4,6 %.

- **Jahresabschluss 2012**

Zum Schluss informierte er über das Ergebnis der Jahresrechnung 2012. Danach verzeichne bei der Ergebnisrechnung eine Verbesserung gegenüber den Planzahlen von rd. 140.000,- Euro und bei der Finanzrechnung von rd. 74.000,- Euro. Dabei müsse man berücksichtigen, dass veranschlagte Landeszuwendung i.H.v. rd. 3 Mio. Euro nicht in 2012 realisiert wurde, da der Landkreis erst ab dem Haushaltsjahr 2013 am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz teilnehme und diese Mindereinnahme somit ebenfalls erwirtschaftet werden konnte.

Einwände gegen die vom Vorsitzenden vorgetragenen Informationen wurden seitens der Mitglieder des Kreistages nicht erhoben.

Die Sitzung begann um 16:00 Uhr und endete gegen 17:15 Uhr.

Geschlossen:

Der Vorsitzende:



(Dr. Winfried Hirschberger)
Landrat

Der Schriftführer:



(Manfred Drumm)
Kreisoberverwaltungsrat